



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24821 - 23  
Fernschreiber 0836 890

B/XIII/11 - 14. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1 - 1a	Günther - Etzel - Erhard Wer regiert in der Bundesrepublik ?	57
2 - 4	Die kommunistische Abbröckelung Starke Mitgliederverluste bei den kommunistischen Parteien	95
5 - 6	Sorgen an der Saar Wie lange noch Ungewissheit ? Von Friedrich Regnitz, MdL., Saarbrücken	74
7	Mahnruf aus Gewissensnot Zum Appell der 9 000 Wissenschaftler an die UNO	46

\* \* \* \* \*

Günther - Etzel - Erhard

FB. Drei wirtschaftliche Vorgänge der letzten Zeit, die leider zu wenig beachtet werden, sind so gravierend, dass sie allgemein politische Bedeutung erlangen sollten.

Zum Ersten handelt es sich darum, dass das Bundeskartellamt in Berlin zwar seine Arbeit aufgenommen, aber noch immer ohne Präsidenten fungiert. Autorisierte Sprecher der Bundesregierung hatten am Jahresende versichert, dass in der ersten Sitzung des Kabinetts im neuen Jahr diese Personalfrage entschieden werden würde. Es wurde weiter erklärt, dass im Umlaufverfahren keiner der Minister gegen die Berufung Dr. Günthers Einwände erhoben und lediglich der Bundeskanzler sich eine letzte Entscheidung vorbehalten habe.

Die erste Kabinettsitzung in diesem Jahr ist vorüber, ohne dass das Kabinett eine Entscheidung gefällt hat.

Hier geht es aber nicht um einen x-beliebigen Mann, sondern nachdem die Industrie offiziell gegen Günthers Benennung Einwände erhoben hat, ist das Problem zum Politikum geworden und wieder einmal ist der Bundeskanzler derjenige, von dem eine Entscheidung gefordert werden muss.

Schon die Tatsache, dass die Industrie es wagt, in die Personalpolitik der Bundesregierung einzugreifen, ist bezeichnend genug. Würden das andere Kräfte, etwa die Gewerkschaften tun, nun, es würde Zeter und Mordio über den Druck auf die Bundesregierung angestimmt werden. Deshalb muss man erwarten, dass in der Kabinettsitzung in dieser Woche nun endgültig eine Entscheidung getroffen wird und sie sollte aus der Verantwortung gegenüber dem Ganzen und nicht von irgendwelchen Grupperinteressen abhängig gemacht werden.

\*

Auch ein zweiter Vorgang ist bezeichnend: In einem Interview mit dem Industrie-Kurier am vergangenen Wochenende hat der Bundesfinanz-

minister Franz Etzel zur Ausgabe von Volksaktien Stellung genommen und wörtlich ausgeführt:

"...welche weiteren Staatsunternehmen noch auf dem Wege der Volksaktie versilbert werden sollen, ist deshalb noch nicht geklärt."

Eine recht eigenartige Sprache für einen Bundesfinanzminister, der wissen müsste, dass dem Sinne nach in Deutschland das Wort "versilbert" nicht nur zu Geld machen bedeutet, sondern darin auch der Gedanke des billigen Verschleuderns enthalten ist. War es nun ein lapsus lingue oder kam hier die wahre Meinung zum Ausdruck?

\*

Auch der dritte Vorgang spricht für sich: Am Dienstagabend sprach Bundeswirtschaftsminister Erhard im Bayerischen Rundfunk zur Arbeitszeit und er gab der Bevölkerung den Rat, nicht nach der Arbeitszeitverkürzung zu drängen, sondern eher eine Stunde länger zu arbeiten. Vor den Wahlen hörte man von demselben Mann unverbindliche Bekenntnisse zur Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der Produktivität. Nach Tische liest man es anders. Erhard übersieht nur, dass im Wirtschaftswunderland das Arbeitszeitwunder nicht anzutreffen ist, im Gegenteil, auf diesem Gebiet sind wir ein rückständiges Land. Er vergisst völlig, dass die Wissenschaft einwandfrei festgestellt hat, dass durch Rationalisierung und Automatisierung der Arbeit bei einer längeren Arbeitszeit das Produktivitätsergebnis nicht steigt, sondern sinkt. Und er will offensichtlich auch nicht wahrhaben, dass der gerechte Anteil am Arbeitsertrag sich nicht nur im Lohn, sondern auch in der Arbeitszeit auswirken muss.

\*

Drei vielleicht beziehungslose Vorgänge- und doch gehören sie eng miteinander zusammen, weil sie zeigen, wer in der Bundesrepublik die Wirtschaft lenkt und von welchem Geiste die ministeriellen Handlanger beseelt sind.

\* \* \*

### Die kommunistische Abbröckelung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Prozess der kommunistischen Abbröckelung geht weiter. Vergeblich versucht Chruschtschow, durch organisatorische Massnahmen und spektakuläre Propaganda einem gesellschaftlichen Prozess der Selbstbestimmung entgegenzutreten, der in verschiedenen Formen heute überall in der Welt die kommunistischen Reihen erfasst hat. Es geht im Grunde dabei um den seit Jahrzehnten schwelenden tiefen Konflikt zwischen kommunistischer Ideologie und sozialer Wirklichkeit. Indem Chruschtschow halbe Wahrheiten über die kommunistische Vergangenheit enthüllte, glaubte er, am besten dem großen Sehnen nach Wahrheit zu begegnen, das überall besonders die intellektuellen und jugendlichen Elemente der kommunistischen Bewegung ergriffen hat. Doch bei denen, die einmal nachdenklich geworden sind, bestätigte und vertiefte das Jonglieren mit halben Wahrheiten eher den Verdacht, dass die offizielle Ideologie eine Häufung ganzer Lügen sei. Der kommunistische Phrasenschleier, der den Widerspruch zwischen den Formeln und der Wirklichkeit so lange verdeckte, ist immer fadenscheiniger und schliesslich völlig durchsichtig geworden. Die alten leninistischen und stalinistischen Sprüche haben ihren Inhalt verloren. Dagegen werden unter den neuen Bedingungen die marxistischen Begriffe und die marxistische Denkmethodik wieder lebendig und wirken als Anleitung zum kritischen Denken.

#### "Nicht vom Brot allein lebt der Mensch"

Aber der Kommunist, der vom kritischen Denkprozess einmal erfasst wird, beginnt seine bisherigen Erfahrungen in einem neuen Licht zu überprüfen und die gesellschaftlichen Erscheinungen selbst, die er bisher übersehen oder negiert hat, immer mehr mit offenen Augen zu sehen. Einmal so weit, gibt es dann keine Kraft und keine Macht mehr auf Erden, um den kritischen Denkprozess wieder ungeschehen oder rückgängig zu machen. Es sei denn, man rottet den Menschen aus, um den kritischen Denkpilz in seinem Kopf zu vernichten... "Hat der Mensch einmal selbständig zu denken begonnen, dann verlernt er es nie wieder" - heisst es in dem sozialkritischen Roman des jungen sowjetrussischen Schriftstellers Dudinzew - "Nicht vom Brot allein lebt der Mensch".

Die dramatischen Explosionen, die in der letzten Zeit in den verschiedenen Ländern des sowjetrussischen Imperiums erfolgten, unterstreichen nur, wie tiefgehend und wie unaussprechlich der geistige Zerfallsprozess

prozess des Bolschewismus bereits ist. Auch wenn die Ausbrüche durch Tanks, durch Terror und durch teilweise Überredung von der gesellschaftlichen Oberfläche wieder ferngehalten werden, geht der Prozess weiter. In den Ländern der Sowjet-Gesellschaft mehren sich die politischen und literarischen Manifestationen der fortschreitenden geistigen Distanzierung vom Bolschewismus.

Das neueste Dokument, das sicher ein aufsehenerregender Büchererfolg in der Welt sein wird, ist Boris Pasternaks Roman "Dr. Zhiwoga", der schon in Italien und Frankreich erschienen ist. Doch ausserhalb der unmittelbaren Reichweite des bolschewistischen Terrorapparates regieren die kritisch gewordenen kommunistischen Elemente eindeutig durch Abwendung und Austritt. In Italien und Frankreich mögen mögen etwa 40 Prozent im letzten Jahr die KP verlassen haben. In Polen waren es im vergangenen Jahr allein 300 000, die der KP den Rücken kehrten. Die Abwendung vom Kommunismus, nicht einzelner, sondern ganzer Gruppen, geht in England, in Kanada, in den USA, in der Schweiz und in Norwegen an.

#### Zerfall der brasilianischen KP

Jetzt hat der Zerfall-Prozess auch die einzige kommunistische Partei des amerikanischen Kontinents erfasst, die eine Massenbasis und eine bedeutende kämpferische Vergangenheit hatte. Als ein handgreiflicher Beweis des Niederganges des brasilianischen Kommunismus genügt die Anführung der Tatsache, dass ihm seine ehemals wertvollsten Elemente den Rücken gekehrt haben, angewidert durch die Häufung der begangenen Irrtümer und Freveln, aber vor allem auch durch die erwiesene Unrichtigkeit, ja, Verlogenheit der Parteidoktrin. Der Prominenteste unter ihnen und einer der verdienstvollsten brasilianischen Kommunistenführer, Agildo Barata, hat nach seinem offenen Bruch mit der Partei und mit Luis Carlos Prestes folgende sensationelle Erklärung abgegeben:

"Ich habe keineswegs mit meiner marxistischen Überzeugung gebrochen, wohl aber mit der brasilianischen KP. Mein Fall ist nur einer unter den abertausenden, die sich in der ganzen Welt abspielen. Vor langer Zeit erklärte ich bereits, dass die meisten Arbeiterbewegungen und kommunistischen Parteien vor der absoluten Notwendigkeit ständen, ihre Konzepte und Strukturbasen zu revidieren, um sie in Einklang zu bringen mit den neuen Bedingungen und Verhältnissen der modernen Welt. Vieles davon ist heute im Fluss. Die neuen, auf Demokratisierung beruhenden Ideen, erzwingen sich vielerorts den Weg, der ihnen durch die Parteiführer in mehr oder minder kräftiger Weise verstellt

wird. Unter den neuen Faktoren, die auf Reform oder Revision drängen, verstehe ich folgende: Notwendigkeit einer Überbrückung der bestehenden Widersprüche innerhalb des kommunistischen Lagers; Aufhebung der These, wonach nur ein einziger revolutionärer Weg beschritten werden darf, der von der Zentralstelle auf das Genaueste vorgezeichnet wird.

Wir, in Brasilien, haben viele der Fragen gemein, die auch in anderen rückständigen Ländern Lateinamerikas auf der Tagesordnung stehen. Aus diesem Grunde müssen wir hier unsere Kräfte zusammenschließen und die auswärtigen Erfahrungen anwenden. Die Verwirklichungen, die anderwärts in sozialistischem Sinne erfolgen, werden auf die Dauer auch bei uns die sozialistische Idee und Bewegung fördern helfen.

Aufgrund der üblen Erfahrungen mit Moskau habe ich definitiv beschlossen, mit der brasilianischen KP zu brechen. Ich werde mich von nun an der Organisierung einer nationalen demokratischen Partei widmen, die imstande sein wird, zumindest einige der proletarischen Forderungen durchzusetzen".

Auch im Falle der brasilianischen Abbröckelung handelt es sich um die allgemeine Tendenz der Loslösung vom Bolschewismus unter dem doppelten Motto: "Los von Moskau" und Orientierung in demokratisch-sozialistischer Richtung. Nur in den Ländern, in denen starke, fundierte und gesellschaftlich aktive sozialistische Parteien wirken, entwickelt sich aus diesem organisatorisch-politischen Abbröckelungs-Prozess - ohne längeres Suchen oder desorientierende Irrungen - zugleich ein Bemühen um die Stärkung einer einheitlichen demokratisch-sozialistischen Bewegung.

+ + +

#### Hohes Mass von Anerkennung

sp- Der sozialdemokratisch geführte Senat von Westberlin lässt sich die Förderung der Freien Universität und der Technischen Universität sehr angelegen sein. Für beide Universitäten weist der neue Haushaltsplan Zuschüsse von insgesamt 40 Millionen DM aus, das sind 5 Millionen DM mehr im Vergleich zum vergangenen Jahr. Diese Gelder sind nicht zum Fenster herausgeworfen. Welchen guten Rufes sich die beiden Universitäten erfreuen, ergeben folgende Zahlen:

An der Freien Universität studieren z.Z. 52,3 % Westberliner, 28,4 % Studierende aus der Zone und aus dem Ostsektor Berlins, 15,8 % aus der Bundesrepublik und 3,2 % aus dem Ausland. Für die Technische Universität gelten diese Zahlen: 39,5 % Westberliner, 23,8 % aus der Zone und aus Ostberlin, 27,6 % aus der Bundesrepublik und 9,1 % aus dem Ausland. Diese Zahlen sind, wie der sozialdemokratische Finanzexperte in der Berliner Haushaltsdebatte, Herbert Theis hervorhob, insofern erfreulich, als damit unterstrichen wird, welch hohes Mass von Anerkennung die Berliner **Universitäten** in der Welt wieder finden. Ausserdem: Jeder aus der Zone in Westberlin Studierende ist ein Gewinn für Gesamtdeutschland.

+ + +

Sorgen an der Saar

Von Friedrich Rognitz, MdL. Saarbrücken

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen hinsichtlich der Behandlung der anstehenden Saarprobleme aus Bonn gekommen sind, geben für die Saarbevölkerung keinen Anlass zum Optimismus. Die Wünsche, die aus Saarbrücken an die Bundesregierung herangetragen wurden und denen man ihre Berechtigung angesichts der Entwicklung der letzten Monate im französischen Wirtschaftsraum nicht absprechen kann, werden offenbar nicht als sehr dringlich angesehen. Wenn man die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion liest, stellt man sich unwillkürlich die Frage, was denn an der Saar wohl noch an Nachteilen für Bevölkerung und Wirtschaft entstehen muss, die man von der Methode abkommt, mit einer Handbewegung über die Sorgen der Saarländer hinwegzugehen.

Die saloppe Antwort des Bundeswirtschaftsministers, derzufolge eine Entscheidung über notwendige Massnahmen der Bundesregierung erst am Ende der Übergangszeit erfolgen kann, wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass das Bundeskabinett die Behandlung des Saarmemorandums ans Wirtschaftskabinett zurückgewiesen hat und sich erst später damit endgültig damit befassen will. Die wichtigen Forderungen auf Erhöhung der bundesdeutschen Einfuhren an die Saar und auf Gewährung einer Währungsgarantie für Sparer werden also weiterhin auf der Ebene der Referenten diskutiert werden. Hinsichtlich der wichtigsten Forderung aber, nämlich der Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich zur Verkürzung der wirtschaftlichen Übergangszeit, war bisher nur der ablehnende Standpunkt des Auswärtigen Amtes zu vernehmen. Die Zurückweisung der Vorlage durch die Bundesregierung bedeutet also, dass man die Zeit für die von uns schon seit Wochen geforderte Grundsatzentscheidung noch nicht für reif hält. Der Zeitraum, der seit der Übersendung des Memorandums der saarländischen Regierung und der Vorlage des Einfuhrplans verstrichen ist, war sicher ausreichend, um sich ein Urteil über die Schwierigkeiten zu bilden, die bisher die Anpassung der Saarwirtschaft an bundesdeutsche Verhältnisse unmöglich machte.

Das Verhalten der Bundesregierung kann also nicht mit mangelnder Information und zu geringen Möglichkeiten der Prüfung saarländischer Forderungen begründet werden. Vielmehr scheint man in Bonn aus sogenannten

1/11/11

"übergeordneten Gesichtspunkten" keine grosse Neigung zu verspüren, mit dem französischen Partner in Verhandlungen einzutreten. Offenbar hat eine lose Fühlungnahme der deutschen Regierung mit Frankreich während der Pariser NATO-Konferenz genügt, um Bonn zu der Überzeugung kommen zu lassen, dass die französische Regierung solche Verhandlungen nicht ernsthaft erwäge. Damit hätte man sich der Verpflichtung, sich um das Wohl einer Million deutscher Bürger zu kümmern, allzu leichtfertig entzogen. Das Klima zwischen Deutschland und Frankreich ist immer dann am besten, wenn zwischen den beiden Ländern keine ungelösten Probleme anstehen. Deshalb sollte man in Bonn dafür sorgen, dass durch Fortsetzung der bisherigen Hinhaltenaktak die Schwierigkeiten an der Saar nicht zu einer neuen Belastungsprobe im deutsch-französischen Verhältnis führen.

Obwohl in den letzten Tagen der Eindruck entstand, als könne Frankreich die Inflation bremsen, vermag niemand zu sagen, wie die weitere Entwicklung verläuft. Die zwei Jahre, die die Übergangszeit längstens noch dauert, sind schnell vorbei. Man könnte dann in Bonn, wenn man nicht vorgesorgt hat, ein böses Erwachen haben. Wenn nicht sehr bald ein Einvernehmen über eine bessere Endregelung des saarländisch-französischen Warenverkehrs erzielt wird - und bisher sieht es nicht danach aus - würde das jüngste Bundesland Saar sehr leicht zu einem Sorgenkind der Bundesrepublik. Es wäre sicher kein gutes Omen für die ja wohl auch von der Bundesregierung erwünschte Wiedervereinigung, wenn der erste deutsche Gebietsteil, der nach Ende des Krieges mit der Bundesrepublik vereinigt wurde, zum Notstandsgebiet erklärt werden müsste.

In allernächster Zeit wird Klarheit darüber geschaffen werden müssen, ob und für welchen Zeitpunkt mit einer vorzeitigen Beendigung der Übergangszeit zu rechnen ist. Sofern die Bundesregierung keine Verhandlungen darüber aufnehmen will, wird sie erklären müssen, was sie zu tun gedenkt, um die vor uns liegenden zwei Jahre so zu gestalten, dass weitere Nachteile vermieden und der Anpassungsprozess zumindest teilweise vorangetrieben werden kann. Eines der schlimmsten Übel, mit dem man es gegenwärtig zu tun hat, ist nämlich die Ungewissheit, die bisher von Bonn nicht beseitigt, sondern durch einige Erklärungen noch verstärkt worden ist. Die Saarbevölkerung kann verlangen, dass ihre Regierung alle Anstrengungen unternimmt, um Klarheit über die Entwicklung der nächsten Zeit zu gewinnen. Deshalb sei dem Chef dieser Regierung empfohlen, ihre internen Probleme möglichst schnell einer Lösung zuzuführen, um freie Hand für grössere Aktivität gegenüber Bonn zu erhalten. In einer so schwierigen Situation, wie sie gegenwärtig an der Saar besteht, ist es erforderlich, sich schnell und klar zu entscheiden, weil mit der Taktik des Verzögerns und Abwartens nichts gewonnen werden kann. + + +

- 7 -



Mahnruf aus Gewissensnot

sp- Zur gleichen Zeit, als die "Achtzehn von Göttingen" in Bad Godesberg einen Meinungsaustausch über die Gefahren weiterer nuklearer und thermonuklearer Bombentests durchführten und Professor Otto Hahn, der Nestor der deutschen Kernforscher, dem SPD-Pressedienst die Entschlossenheit der Unterzeichner des Manifestes gegen den Missbrauch der Atomforschung ausdrückte und erklärte, dass auch künftig der Kreis von Göttingen niemals an einer Kernspaltung - oder thermonuklearer Waffen arbeiten werde, haben 9 235 Wissenschaftler aus 44 Ländern in einer gemeinsamen Stellungnahme den sofortigen Abschluss eines Abkommens zur Einstellung der Tests mit Atom- und Wasserstoffbomben gefordert. Es ist für die Lage kennzeichnend, dass sich nicht allein 2 705 Amerikaner, sondern auch 216 sowjetische Forscher der durch den Nobelpreisträger Dr. Linus Pauling (USA) an den UNO-Generalsekretär Hammerskjöld überreichten Entschliessung angeschlossen haben.

Professor Gerlach, einer der "Achtzehn von Göttingen", kommentierte gegenüber dem SPD-Pressedienst die Situation. "Das Dokument, dessen Abfassung Professor Pauling durchsetzte, trägt die Unterschrift von 146 deutschen Naturwissenschaftlern - auch Hahn und Heisenberg haben es unterzeichnet; es trägt weiter die Unterschrift von Albert Schweitzer und des britischen Philosophen Bertrand Russell. Die derzeit erkennbare grösste Gefahr ist das Strontium 90, ein Spaltungsprodukt der Urkernspaltung. Das radioaktive Isotop erzeugt Krebs. Wir wissen, dass die Strahlungsgefährdung vor allem auch unerwünschte, schädliche Mutationen, grauenhafte Erbkrankheiten unter den nachfolgenden Generationen hervorrufen wird. Den Wissenschaftlern sind die entstehenden Gefahren nicht verborgen und deshalb müssen sie - verantwortungsbewusst - warnen und immer wieder den Wahnsinn der fortschreitenden atomaren Rüstung betonen. Wir kennen auch nicht den möglichen Umfang der Gefährdung durch den radioaktiven Kohlenstoff, der sich - als Folge der Neutronenvermehrung - in den Luftschichten aufspeichert. Die Halbwertszeiten der radioaktiven Isotope sind unterschiedlich. Sie umfassen Sekunden und Jahrtausende. Ihre schädigenden Einflüsse konnte die Forschung seit der ersten Anwendung der Atombomben nicht annähernd ergründen. Es könnte aber zu spät für eine Abkehr sein, wenn die Gefahren aller Menschen, etwa durch die Zunahme der Erbkrankheiten, sichtbar sind. Die Bedeutung des "Göttinger Manifests" hat sich in keiner Weise verringert. In kurzer Zeit wird eine Untersuchung des deutschen Strahlungsforschers Radewski, des Leiters des Max Planck-Instituts, Frankfurt, veröffentlicht werden, die auch das Ausmass der radioaktiven Verseuchungen in der Bundesrepublik der Öffentlichkeit unterbreiten wird".

Während so die Naturwissenschaftler aus allen Ländern der Erde warnen, fordert auch die Sowjetunion ein Verbot der Kernwaffen. Aber es hat nur einen Sinn, wenn es für die UdSSR, die USA und Grossbritannien in gleicher Weise wirksam ist. Es kommt also darauf an, dass sich diese Staaten zu gemeinsamen ersten Schritten und vor allem zur Einstellung der Tests bereit finden, "ehe es zu spät ist", wie Hahn und Gerlach dem SPD-Pressedienst sagten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel